Der internationale Gewerkschaftsbund informiert sich

Berlin, 21. August. (Eigener Bericht.) **Am Montag** weilte der holländische Genosse **Duedegeest als Vertreter des** Internationalen Gewerkschaftsbundes **in Berlin. Duedegeest** nahm mit Vertretern des Parteivorstandes in Gegenwart der sozialdemokratischen Reichsminister Rücksprache über die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird sich in den allernächsten Tagen mit dem Ergebnis dieser Besprechungen beschäftigen.

•

Für Erfassung der Sachwerte

Der **Gesamtvorstand des Afa-Bundes** trat am Dienstag in Berlin zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Besorgnis festgestellt wird, daß auch in den letzten Tagen die Sanierung des Reichshaushalts durch die Nutznießer der Markverschlechterung wiederum ungünstig beeinflußt worden ist. „Der Bundesvorstand richtet deshalb — so heißt es in der Entschließung — an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, durch vermehrte Aktivität in der Außenpolitik bald eine Entspannung des Ruhrkonfliktes herbeizuführen. Innerpolitisch vermögen nur die **sofortige Aenderung in der Leitung und in der Kreditpolitik der Reichsbank und eine rücksichtslose Eintreibung der neu beschlossenen Steuern, die sofortige Beschlagnahme und Erfassung der zur Bezahlung von Einfuhr nicht unbedingt erforderlichen Devisenbestände Aussicht auf eine Einschränkung der bisher unheilvoll anschwellenden Inflation und auf Hemmung des Währungsverfalls zu eröffnen.** Den neuerdings wiederum systematisch einsetzenden Versuchen der besitzenden Kreise, sich auch diesmal **der Steuerentrichtung zu entziehen und die Folgen der bisherigen Mißwirtschaft auf die Arbeitnehmerschaft abzuwälzen,** kann nur vorgebeugt werden, wenn die Reichsregierung vor allem den geplanten Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen mit der daraus erwachsenden Arbeitslosigkeit einen Riegel vorschiebt. **Eine dauernde Gesundung der deutschen Wirtschaft erscheint dem Gesamtvorstand des Afa-Bundes überhaupt nur denkbar, wenn neben den steuer- und währungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung sofort alle erforderlichen Schritte zur Erfassung der Sachwerte in die Wege geleitet werden. Nur durch die Mitbeteiligung des Reiches an den Betrieben in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft kann eine durchgreifende Aenderung der unhaltbar gewordenen Wirtschaftspolitik in der Richtung erreicht werden, daß künftig nicht die Privatwirtschaft den Staat, sondern der Staat die Wirtschaft beherrscht.“**

Die Zwangsanleihe — ein Steuervorteil

Die Zwangsanleihe ist seinerzeit von den Besitzenden, die gegen jede Art der Besitzsteuer berufsmäßig zu protestieren pflegen, sehr ungünstig aufgenommen worden. Jetzt gehört sie bereits zu den Papieren, die höher stehen, als die vollkommen zerrüttete Papiermark. An der letzten Berliner Montagsbörse entwickelte sich hierzu ein lebhaftes Geschäft, es kam aber keine Notierung zustande. Die letzte vorangegangene Notierung war 180 Prozent. Ein Börsenblatt bemerkt dazu, daß die Zwangsanleihe seinerzeit von den Zeichnern größtenteils mit Null bewertet worden ist und in den Büchern abgeschrieben wurde, so daß die jetzt immerhin beträchtlichen Buchgewinne, die darauf erzielt wurden, zur neuen Steuerzahlung benutzt werden! Ein Besitzopfer, das zu weiterer Steuerzahlung verwertet werden kann, ist allerdings das tollste, was die Steuergesetzgebung der letzten Jahre geleistet hat.

Säuberung bei der Reichsregierung

Aus Berlin wird uns mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat den Staatssekretär dieses Amtes, den Freiherrn und Ritter des Johanniterordens, von Welser, in einem Handschreiben aufgefordert, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Ein Zeichen für die geringe Liebe dieses Beamten gegenüber der Verfassung und der Republik bildet die Tatsache, daß dieser feudale Welser im Vorjahre trotz dem Rathenaumorde und der Schaffung des Republikschutzgesetzes in seinem Urlaub verblieb. In diesem Jahre traf abermals der Urlaub des Herrn v. Welser mit der inneren Krise zusammen. Trotz Kabinettsrücktritts und in höchster Not im Innern hielt es der nach dem Minister höchste Beamte des in solchen Momenten wichtigen Ministeriums nicht für notwendig, seinen Urlaub zu unterbrechen. — Welser wird durch einen ehrlichen Republikaner, den bisherigen Ministerialdirektors des Reichsministeriums des Innern Goetze, ersetzt werden.

Kleine politische Nachrichten

Ausgaben: 61 Billionen, Einnahmen: 1,7 Billionen

Die Ausgaben des Staates in der Dekade vom 1. bis 10. August betrugen 61,255 Billionen Mark, hierin sind Abhebungen der Reichsbahn in Höhe von 18,379 Billionen Mark enthalten, während bereits vorweg ein Betrag von 1,383 Billionen Mark aus Ablieferungen der Post abgesetzt wurde. Diese Ablieferung der Post gibt jedoch kein richtiges Bild von deren Betriebsergebnis, da unter den Einnahmen der Post auch Einnahmen für Steuermarken usw. enthalten sind. Diesen Ausgaben von über 61 Billionen Mark stehen effektive Einnahmen nur in Höhe von 1,791 Billionen Mark gegenüber. Infolgedessen mußte der weitaus größte Teil der Ausgaben, nämlich 59,434 Billionen Mark durch Neuaufnahme schwebender Schuld an diskontierten Reichsschatzanweisungen gedeckt werden. Die schwebende Schuld an diskontierten Reichsschatzanweisungen betrug bisher 57,548 Billionen Mark, so daß sie jetzt auf 117,282 Billionen Mark gestiegen ist. Die gesamte schwebende Schuld ist jedoch noch wesentlich höher; denn ihre übrigen Konten werden nicht dekadenweise, sondern jeweils am Monatsultimo ausgewiesen. — Zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung aus dem Versailler Vertrage wurden 1,454 Billionen Mark aufgewandt.

Diese Ziffern zeigen mit nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit, wie notwendig die nunmehr endlich erschlossenen neuen Steuerquellen, die demnächst fließen sollen, geworden sind.

Tirol ist — verboten! Die Tiroler Blätter veröffentlichen eine Kundgebung der deutsch-südtirolischen Abgeordneten, in der es heißt: Die Präfektur Trient hat den Gebrauch des Namens Tirol für unser Heimatland und für unsre Volksgenossen verboten und unter Strafe gestellt. Es bleibt uns heute nichts übrig, als Abschied zu nehmen vom heiligen Namen Tirol, bis auch auf uns Entrechtete wieder die Sonne wahrer völkerversöhnender Gerechtigkeit herniederstrahlen darf. Wenn das Band zerrissen wurde, so ist unser Heimatland trotz allen neuen Namen doch das geblieben, was es immer war, und die Menschen, die es in harter Arbeit bebauen und lieben, sind, was ihre Väter waren: Tiroler. Nur mit seinen Bergen wird Tirol vergehen. Das letzte Wort wird die Geschichte haben.

Aus dem Wirtschaftsleben

Das schnelle Steigen des Dollars hat zu einer allgemeinen Zerrüttung und Verwirrung unsrer Wirtschaft geführt. Nicht nur, daß die Aufbringung von Devisen für die notwendigste Einfuhr Schwierigkeiten machte, im Inland hielten die Produzenten und Händler die Waren zurück, weil sie auf weitere Preissteigerungen hofften, so daß ein Warenmangel eintrat, der die Bevölkerung aufs höchste erregen mußte. Infolge der Steigerung aller Unkosten wurde das Betriebskapital vieler Unternehmungen unzureichend und aus diesem Grunde war die volle Auszahlung der Löhne und Gehälter vielfach nicht möglich. Dazu kam, daß unsre Notenpresse, so eifrig sie auch in den letzten Wochen und Monaten gearbeitet hat, bei der schnellen Dollarsteigerung nicht mitkam und der Zahlungsmittelbedarf der Volkswirtschaft nicht gedeckt werden konnte. Nach dem Rücktritt der Regierung Cuno senkte sich zunächst der Dollarkurs, aber in den letzten Tagen hat wieder eine Bewegung nach oben eingesetzt. Neue große inländische Devisenkäufe sind an dem neuen Steigen des Dollarkurses schuld. Es scheint, daß zwar zunächst die hohen Steuern, die gezahlt werden müssen, einem Steigen des Dollarkurses entgegengewirkt haben, aber nachdem die zuerst fälligen Steuern bezahlt worden sind, scheint man wieder Devisen zu hamstern. Bezeichnend ist, daß in den letzten Tagen vielfach die Berliner Kurse über der Neuyorker Parität standen. Besonders stark war die Nachfrage nach Devisen im Rheinland und Westfalen. Die Vermutung liegt daher nahe, daß man wieder im Rheinland alle verfügbaren Markbestände in Devisen anzulegen versucht.

Verkäufe von Mark im Ausland

sind zwar verboten, aber es scheint Patrioten zu geben, die auch auf dieses zum Schutz der deutschen Währung erlassene Verbot pfeifen. Berliner Banken wurden von holländischen Freunden darauf aufmerksam gemacht, daß im Ausland Markverkäufe stattfanden, die keineswegs aus dem Ausland stammen. In Holland war man der Ansicht, daß die Mark aus dem Rheinland trotz allen gegensätzlichen Vorschriften nach dem Ausland ihren Weg findet. Zu den Leuten, die ohne jede Rücksicht auf die deutsche Valuta draufloswirtschaften, gehört auch Herr Stinnes, der sich kein Gewissen daraus macht, seinen Einfluß auf ausländische Unternehmungen immer mehr auszudehnen. Nicht nur, daß er seinen Machtbereich in Polnisch-Oberschlesien durch den Ankauf von Aktien oberschlesischer Unternehmungen stark ausgedehnt hat, neuerdings soll er, nach Zeitungsmeldungen aus Warschau, seine Hand auch nach dem polnischen Industriegebiet von Lodz ausgestreckt haben. Die polnische Regierung hat die Absicht, Gegenmaßnahmen gegen die Ausdehnung des Stinneskonzerns durchzuführen. Die Zahlungsmittel, die Herr Stinnes braucht, um große Kapitalien im Ausland anzulegen, gehen natürlich dem deutschen Devisenmarkt verloren. Auch von den Exporteuren wird die deutsche Währung sabotiert. Die Exporteure haben die Verpflichtung, einen Teil der aus der Ausfuhr erworbenen Devisen an das Reich abzuliefern. Das Ablieferungssoll beträgt höchstens 40 Prozent. Trotzdem kommt, wie die deutsche Außenhandelskorrespondenz mitteilt, ein Teil der Exporteure der Devisenablieferungspflicht nicht nach, obgleich, wie das genannte Organ bemerkt, man nicht sagen kann, daß die Devisenablieferungspflicht, an der heutigen Finanznot des Reiches gemessen, eine besonders drückende ist, zumal neun Zehntel unsrer Ausfuhr heute in ausländischer Währung bezahlt werden. Es wäre dringend notwendig, daß gegen diejenigen Exporteure und Fabrikanten, die ihre Devisenablieferungspflicht nicht erfüllen, mit aller Energie vorgegangen wird, denn darauf kommt natürlich heute alles an, daß es gelingt, möglichst viel Devisen auf den Markt zu bringen. Die deutsche Außenhandelskorrespondenz weist mit Recht darauf hin, daß das Devisenproblem auch an der Einfuhrseite angepackt werden müsse.

Die Einfuhr

müsse auf das denkbar geringste Maß beschränkt werden. Es müsse, wenn auch nur für kurze Zeit, auf jede nicht unbedingt lebensnotwendige Einfuhr verzichtet werden. Wir haben immer wieder betont, wie notwendig eine auf die Beschränkung gerichtete Wirtschaftspolitik sei, wenn es zu einer Besserung unsrer Währungsverhältnisse kommen soll. Leider scheint die neue Regierung bisher dieser Frage nur zu wenig Beachtung zu schenken. Wir wissen, einer Wirtschaftspolitik, die sich eine Verringerung unsrer Einfuhr zum Ziel setzt, stehen wichtige Interessen entgegen, ganze Industrien müßten ihre Betriebe einschränken und große Teile der Arbeiterschaft hätten unter derartige Maßnahmen zu leiden, aber trotzdem ist eine derartige Politik notwendig. Den Arbeitern, die durch die Beschränkung der Luxuseinfuhr etwa arbeitslos werden, müßte durch eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung geholfen werden. Selbst wenn wir den Arbeitern solcher Industrien, deren Produktion durch eine auf Beschränkung der Einfuhr gerichtete Politik vermindert würde, die vollen Löhne zahlten, ohne daß sie arbeiten, würden wir volkswirtschaftlich immer noch viel billiger kommen als jetzt. Denn heute zahlen wir in den Preisen der Produkte nicht nur die Löhne, sondern vor allen Dingen auch die Rohstoffe, und es kommt bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands vor allen Dingen darauf an, daß wir möglichst an unsrer Einfuhr sparen. Davon, ob es gelingen wird, genügend Devisen auf den Markt zu bringen, wird es zum guten Teil abhängen, ob

die Steuern

von den Kapitalisten wirklich getragen, oder ob sie zum großen Teil abgewälzt werden. Gelingt es, die Mark in nächster Zeit einigermaßen zu stabilisieren, so dürfte eine Abwälzung der Steuern schwer möglich sein. Dauert aber der Preiswirrwarr fort, so werden in vielen Fällen die Steuern abgewälzt werden können und dazu beitragen, die Teuerung zu verschärfen. Deswegen ist es ja auch so wichtig, daß die Reichsbank ihre Politik gründlich ändert und nicht mehr durch die Gewährung von Papiergeldkrediten das Devisenhamstern begünstigt. Bei der kolossalen Steigerung der Devisenkurse und des Preisniveaus ist es nur zu natürlich, daß

die Banknotenflut

stark gestiegen ist. Von 31,8 Billionen am 23. Juni ist der Banknotenumlauf auf 62,3 Billionen Mark am 7. August gewachsen. In Zeiten so schneller Geldentwertung steigt natürlich nicht nur der Geldbedarf des Reiches mit unerhörter Schnelligkeit, so daß das Reich die Notenpresse im großen Umfange in Anspruch nehmen muß, sondern auch der Verkehr bedarf infolge der großen Steigerung großer Mengen neuer Zahlungsmittel. Durch die Einführung der Indexlöhne sind gerade in neuester Zeit die Löhne vielfach etwas schneller der Geldentwertung gefolgt, als das früher der Fall war, leider werden die Löhne oft nicht voll oder verspätet ausgezahlt, und neuerdings werden vielfach Arbeiter entlassen, weil die Unternehmer erklären, daß sie nicht das notwendige Kapital zur Zahlung der hohen Löhne aufbringen können. Es mag sein, daß tatsächlich manche Unternehmungen mit ihrem Betriebskapital nicht mehr weiter können. Wo Arbeiter entlassen werden, muß aber unbedingt der Nachweis gefordert werden, daß wirklich kein andrer Weg übrig bleibt als die Betriebseinschränkung. Es besteht die Gefahr, daß hier eine gefährliche Sabotage getrieben wird, daß Unternehmer lieber ihre Arbeiter auf die Straße setzen, ehe sie gehamsterte Devisen, Wertpapiere oder Waren verkaufen, um sich Betriebskapital zu verschaffen. Wo wirklich der Unternehmer das nötige Betriebskapital nicht mehr auftreiben kann, dort sollte möglichst mit Krediten geholfen werden, aber nicht mit Papiermarkkrediten, sondern mit sogenannten Goldkrediten. Dabei würde der Kreditnehmer zwar Papiermark bekommen, aber er würde für die ausgezahlten Papiermarkbeträge entsprechend dem geltenden Geldwert in Gold belastet werden. Würde dann der Kurs unsrer Papiermark sinken, so hätte er einen dem ursprünglichen Goldwert entsprechend höheren Betrag in Papiermark zurückzuzahlen. Es muß verhütet werden, daß sich die Kapitalisten mit Hilfe von Papiermarkkrediten bereichern, indem sie Waren oder Wertpapiere mit Papiermark kaufen und die aus der Geldentwertung fließende Wertsteigerung sich zunutze machen, während sie dem Kreditgeber ihre Schuld in dem ursprünglichen, inzwischen entwerteten Papiermarkbetrage zurückzahlen. Eine sehr bedenkliche Erscheinung ist es, daß jetzt

die Warenpreise

vielfach noch mehr gestiegen sind als der Dollar. Nach den Berechnungen der Frankfurter Zeitung stellte sich der Großhandelsindex, den das Blatt für 98 Waren berechnet, am 16. August auf 894 637, im Vergleich zu den gleich 1 gesetzten Preisen von Mitte 1914, während der Dollar nur 786 714mal so hoch stand wie Mitte 1914, die Zeit, von der die Indexberechnung ihren Ausgang nimmt. Der Gesamtindex für die 98 Waren betrug Anfang August 268 599, am 16. August 894 687. Der Dollar hatte Anfang August die 261 905fache Höhe seines Vorkriegsstandes erreicht. Daraus, daß die Warenpreise, verglichen mit ihrem Friedensstand jetzt höher gestiegen sind als der Dollar, läßt sich nicht unter allen Umständen schließen, daß das Weltmarktpreisniveau überschritten ist, denn auch die Weltmarktpreise stehen heute höher als im Frieden. Aber die Gefahr, daß wir mit unseren Preisen über Weltmarkthöhe kommen, ist natürlich sehr groß und bei vielen Waren, so z. B. bei der Kohle, ist der Weltmarktpreis schon überschritten. Wir haben früher darauf hingewiesen, daß Indexlöhne die Gefahr in sich bergen, das inländische Preisniveau über Weltmarkthöhe emporzutreiben, denn die Unternehmer versuchen natürlich, bei höheren Löhnen höhere Preise herauszuholen, die Preiserhöhungen führen aber wieder zu einer Verteuerung der Lebenshaltung und damit wieder zu einer Erhöhung der Löhne. Damit soll nicht behauptet werden, daß das hohe deutsche Preisniveau in erster Linie auf die Löhne zurückzuführen ist. Unsre Unternehmer sind eben an so hohe Gewinne gewöhnt, und sie wollen offenbar auch jetzt trotz der kritischen Lage unsrer Wirtschaft von ihren Gewinnen sich nichts abstreichen lassen. Eine Anzahl wissenschaftlicher Verleger haben erklärt, sie seien gezwungen, jede weitere Herstellung von Büchern einzustellen, weil die Druckpreise auf das Dreifache der Friedensgoldpreise gestiegen seien und damit die neu herzustellenden Werke sowohl im Inland als auch im Ausland unverkäuflich werden müßten. Das Organ der christlichen Buchdruckergewerkschaft führt aus, daß im Buchdruckgewerbe der Indexlohn an der starken Verteuerung der Buchherstellung nicht schuld sein könne. In der Woche vom 11. bis 17. August weise der Spitzenlohn im Buchdruckgewerbe gegenüber den Preisen eine Steigerung auf das 368 068fache auf, der Druckpreistarif sei aber zur selben Zeit auf das 978 860fache gestiegen. In der Woche vom 19. bis 24. August erfuhr der Spitzenlohn eine Steigerung auf das 1 065 047fache, während die Druckpreise schon am 18. August das 2 200 000fache erreicht hatten. Die Oeffentlichkeit, vor allem auch die Gewerkschaften, hätten ein Recht, Auskunft darüber zu verlangen, aus welchen Gründen die Druckpreise um mehr als 100 Prozent über die Steigerung der Löhne hinausgingen.

Immer mehr geht auch die Industrie dazu über, die

Preise in Goldmark

statt in Papiermark festzulegen. So hat der Berg- und Hüttenmännische Verein zu Wetzlar in seinen Veröffentlichungen über die Höhe der Preise mitgeteilt, daß neben dem Papiermarkpreis auf den Rechnungen auch der Goldmarkpreis angegeben würde. Zu zahlen ist der Goldmarkpreis umgerechnet in Papiermark, der sich aus dem Berliner Kurs für das englische Pfund Sterling am letzten Börsentag vor dem Zahltag ergibt. Der in der Rechnung geforderte Goldmarkbetrag ist mit dem Pfundkurs zu multiplizieren und die so erhaltene Zahl ist durch 20 zu teilen. So wird die Papiermarksumme festgestellt, die dann tatsächlich zu zahlen ist. Aehnlich sind andre Industrien vorgegangen. So setzen die Schreibfederfabriken ihre Preise in sogenannten Grundmark fest, wobei eine Grundmark gleich einem halben Dollar bewertet wird. Die Preise für Düngemittel werden in Zukunft nach einem Roggenindex festgesetzt, und zwar unter Zugrundelegung eines Wertverhältnisses von 140 Pfund Roggen zu 100 Pfund schwefelsauren Ammoniak mit 20,5 v. H. reinen Stickstoff. Bei der Preisfestsetzung erlauben sich manche Unternehmerverbände ganz unerhörte Uebergriffe. Trotzdem die Preise in Goldmark berechnet werden, werden Bedingungen beibehalten, die allenfalls bei einer Papiermarkfakturierung berechtigt wären. So z. B. verlangen die drei deutschen Rensterglassyndikate Zahlung der Rechnung in fünf Tagen nach Ausstellung der Rechnung. Bei verspäteter Zahlung wird der höchste Berliner Dollarkurs zugrunde gelegt, welcher zwischen Verfalltag und Eingangstag notiert wird, bei einer Besserung der Mark tritt aber eine Minderung der Rechnungsbeträge nicht ein. Der Kunde muß also in Papiermark mehr zahlen, wenn die Devisen steigen, hat aber keinen Nutzen davon, wenn der Wert der Mark wieder steigt. Die Hartgummikonvention berechnet in Goldmark, behält sich aber trotzdem die Preisgestaltung vor.

Während die österreichische Valuta, seitdem Oesterreich die ausländische Sanierungsanleihe bekommen hat, stabilisiert ist, geht es mit der

französischen und belgischen Valuta

abwärts. Der französische Frank, der Mitte 1922 in Zürich auf 44,50 stand, sank bis auf 34,45 Mitte 1923 und 30,45 Ende August. Die Ursache des Sinkens des französischen Franken ist ebenfalls zum großen Teil auf die Verschlechterung der französischen Zahlungsbilanz zurückzuführen, die die Ruhrbesetzung im Gefolge hat. Der belgische Frank, der in der Schweiz Mitte 1920 noch 47,50 notierte, ist bis auf 25.— gesunken. Man sieht, die Währungskrankheit, unter der jetzt Deutschland so schwer leidet, zieht immer weitere Länder Europas in ihren Bereich und droht das Wirtschaftsleben dieser Länder in Verwirrung zu bringen.

Der Dollar 5286750,—

Berlin, 22. August. (Amtlich.)

		Prog.	22. 8. Geld	22. 8 Brief	21. 8. Geld	21. 8. Brief
Amsterdam .	1 Gulden	12½	2094750,0	2105250,0	2194500,0	2205500,0
Buenos Aires	1 Peso	—	1693750,0	1704250,0	1795500,0	1804500,0
Norwegen . .	1 Krone	25	867825,—	872175,—	897750,—	902250,—
Dänemark . .	1 Krone	25	987525,—	992475,—	1037400,0	1042600,0
Schweden . .	1 Krone	25	141146,56	1418357,5	1456850,0	1463650,0
Helsingfors .	1 fin. M.	—	149625,—	150375,—	151620,—	152380,—
Belgien. . . .	1 Frank	25	239400,—	240600,—	248375,—	250625,—
Italien	1 Lire	25	229425,—	230575,—	239400,—	240600,—
London	1 Pfd. St.	12	24139500	24 260500	24937500	25 062500
Neuyork . . .	1 Dollar	12½	5286750,0	5313250,0	5486250,0	5513715,0
Paris.	1 Frank	10	301245,—	302755,—	311220,—	312780,—
Schweiz . . .	1 Frank	10	657600,—	96240 0,—	1009470,0	1014530,0
Spanien . . .	1 Peseta	25	704235,—	707765,—	782165,—	785835,—
Wien (abgest.)	100 Kr.	25	7481,—	7519,—	7780,—	7820,—
Prag	1 Krone	10	155610,—	156390,—	168500,—	164410,—
Budapest . . .	1 Krone	—	299 25	300,75	299,25	300,75

rs. **Berlin, 22. August.** (Eig. Drahtm.) Am Devisenmarkt herrscht heute im Gegensatz zu gestern bemerkenswerte Ruhe. Das Geschäft bewegt sich im Laufe des Vormittags in sehr ruhigen Bahnen. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, die in den letzten Tagen der Vormittagsfreiverkehr stets in sehr großem Umfange aufwies, war sehr gering. Die starke Zurückhaltung dürfte am besten darauf zurückzuführen sein, daß man sich bisher noch vollkommen im unklaren über den Inhalt der angekündigten Notverordnung der Regierung befindet. In Zusammenhang damit rechnet man auch mit neuen Interventionen am Devisenmarkt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230822/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG